



Die Digitalisierung wird die Arbeit in den Werkstätten verändern.

HERBSTTAGUNG DER CARITAS-WERKSTÄTTEN

Was bringt das Bundesteilhabegesetz?

Mit dem kommenden Bundesteilhabegesetz beschäftigte sich jüngst die Konferenz der Caritas-Werkstätten in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Man diskutierte über neue Konkurrenz, zusätzliche Aufgaben und neue Chancen.

Für die meisten Menschen mit Behinderung sei das Bundesteilhabegesetz „nicht schlimm“. Ihre Situation werde sich aber auch nicht wesentlich verändern – so lautet das prägnante Fazit des Hamburger Rechtsanwalts Christian Bernzen. Im Detail werde das Gesetz natürlich Auswirkungen auf die Situation der Werkstätten für Men-

schen mit Behinderungen haben.

„Um die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben so personenzentriert erbringen zu können, wie das Gesetz es fordert, ist ein wirklich funktionierendes Case-Management erforderlich“, so der Jurist. Case-Manager planen gemeinsam mit den Menschen mit Behinderung die Leistungen der Werkstatt und koordinieren die Leistungserbringung.

Andere Leistungsanbieter

Eine Herausforderung wird die Öffnung des Marktes für sogenannte „andere Leistungsanbieter“. Das sind Anbieter, die keine Anerkennung als Werkstatt für behinderte Menschen haben, die aber in Zukunft Werkstattleistungen erbringen können. Bei den Vertretern der Caritas-Werkstätten gab es dazu bei der Tagung in Essen ein gemischtes Meinungsbild. Einige sehen ihre Werkstätten für diesen Wettbewerb gut aufgestellt und fürchten potenzielle neue Konkurrenten nicht. Andere befürchten, dass

die neuen Anbieter vor allem die leistungsstärksten Menschen mit Behinderung aus den Werkstätten regelrecht abwerben und damit ein wesentliches Merkmal der Caritas-Werkstätten außer Kraft setzen: die Solidargemeinschaft, in der Stärkere und Schwächere gemeinsam erfolgreich im Sinne aller Beteiligten arbeiten.

Eine Chance für bestehende Werkstätten sieht Bernzen, der auch Professor an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin ist, darin, neue Märkte zu erschließen. Ein Beispiel: „In den neuen Pastoralen Räumen haben viele Kirchengemeinden kein Pfarrsekretariat mehr. Das könnte ein Arbeitsfeld für Menschen mit Behinderung werden.“ Wie innovativ die Träger der Werkstätten dabei schon seit Jahren sind, betonte Hubert Vornholt, Geschäftsführer des Josefsheims Bigge: „Viele Integrationsfirmen sind Beispiele dafür, wie Teilhabe am Arbeitsleben mit guten Ideen unter Marktbedingungen verwirklicht werden kann.“

Neue Geschäftsmodelle

Die Konferenz der Caritas-Werkstätten beschäftigte sich auch mit den Themen Digitalisierung und Personalpolitik. „Die moderne Technik eröffnet neue Märkte und ermöglicht neue Geschäftsmodelle“, betonte Stefan Löwenhaupt, Geschäftsführer der Unternehmensberatung xit aus Nürnberg, in seinem Vortrag. Als Beispiele nannte er den Verkauf gebrauchter Bücher über das Internet als Arbeitsfeld für Werkstätten sowie eine Werkstatt in Hamburg, die eine eigene Computermarke auf den Markt gebracht hat. „Menschen mit Behinderung haben dabei kaum Berührungsängste“, sagte Löwenhaupt.

Auch bei den Hilfsmitteln schreite die Technik immer weiter voran. Implantate und sogenannte Exo-Skelette, vor 20 Jahren nur aus Science-Fiction-Filmen bekannt, seien inzwischen alltagstauglich und ermöglichten Menschen mit Behinderung, am Arbeitsleben teilzuhaben. 

 www.caritas-nrw.de/werkstaetten



AUSGABE

DEZEMBER 2016

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

 caritas-nrw.de/nachrichten

 [facebook@caritasNRW](https://facebook.com/caritasNRW)

 redaktion@caritas-nrw.de

Teures Bürokratiemonster

Das Altenpflegegesetz mit seiner Durchführungsverordnung (APG-DVO) ist ein unfertiges Gesetz. Die etwa 1600 Altenhilfeeinrichtungen in NRW mit ihren 130000 Bewohnern wissen immer noch nicht, was sie künftig leisten bzw. bezahlen müssen.

Die Umsetzung des vom Ministerium für Gesundheit, Pflege und Alter (MGEPA) entworfenen rechtstheoretischen Konstruktes zu den Investitionskosten zum 1. Januar 2017 ist völlig unrealistisch. Wann dies möglich sein wird, bleibt ungewiss. Gewiss hingegen ist, dass hier ein Bürokratiemonster entsteht, das bereits in der Vorbereitung mehrere Millionen Euro verschlungen hat und immense weitere Kosten verursachen wird.

Die Landesregierung verspricht den Bewohnern und den Sozialhilfeträgern, dass sie demnächst nur tatsächlich schon angefallene Kosten bezahlen müssen. Sie erweckt den Anschein, dass diese in den meisten Fällen niedriger seien als bisher. Solide ist diese Aussage jedoch nicht, da das System zum 1. Januar nicht praxistauglich sein wird und Proberechnungen kaum möglich sind. Unredlich ist, den Bewohnern weitere Kosten zu verschweigen. Puffer zur Abdeckung von Risiken – die das alte System noch ermöglichte – sind nun in anderen Bereichen zu erheben, etwa über die Entgelte für Pflege, Unterkunft und Verpflegung. Umso unverständlicher ist, dass die gleichen Behörden, die sich auf das BSG-Urteil zur Umgestaltung der Investitionskosten berufen, einen Risikozuschlag im Pflegesatz zu verhindern suchen.

Wenn geltendes Recht künftig in Gänze und nicht nur in den Teilen umgesetzt wird, die den Kostenträgern passen, dann werden Bewohner jedenfalls nicht sparen. Die Bürokratie wird weiter wachsen und Mittel zum Nachteil aller verbrauchen. ☞

Martin Peis

✉ martin.peis@caritas-essen.de

„YOUNGCARITAS“ ZEIGT TATENDRANG

Ehrgeizig, tolerant und pragmatisch – so ticken Jugendliche

Wie erreiche ich Jugendliche? Unter welchen Bedingungen sind sie bereit, sich sozial zu engagieren? Sind sie überhaupt dazu bereit? Mit diesen Fragen beschäftigte sich ein Fachtag der youngcaritas.

Rund 70 Interessierte aus den (Erz-)Bistümern Paderborn, Köln, Münster und Essen waren der Einladung von „youngcaritas“ in NRW gefolgt. Ihnen machte der Politikwissenschaftler Mathias Albert von der Universität Bielefeld Mut. Offen und tolerant seien die Zwölf- bis 25-Jährigen. Es handele sich „um eine pragmatische Generation im Aufbruch. Sie mischen unverkrampft alte und neue Werte“, betonte Prof. Albert. Familie, Freundschaft, Fleiß, Ehrgeiz – das alles ist den jungen Menschen nach wie vor wichtig. Und: „Die Ängste um die wirtschaftliche Entwicklung gehen zurück“, sagt der Wissenschaftler. Dabei sei – im Ganzen gesehen – die persönliche Erfüllung im Job wichtiger als die Karriere. Zudem habe die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einen hohen Stellenwert. Albert ist seit 2002 mitverantwortlich für die wissenschaftliche Konzeption und Leitung der Shell-Jugendstudie.

Misstrauen in Parteien

Beim Freizeitverhalten bleiben Treffen mit Freunden, Musikhören und Im-Internet-unterwegs-Sein ganz oben. So weit, so nachvollziehbar. Widersprüchlicher ist da schon das Verhältnis zur Politik. „Das politische Interesse steigt stark an“, zitiert Prof. Albert aus der Studie. Aber: „Gleichzeitig nimmt die Politikverdrossenheit nicht ab.“ Wie passt das zusammen? Für die Wissenschaftler liegt das an einem gestiegenen Misstrauen in Parteien und Politiker, obwohl die Befragten das politische System der Bundesrepublik Deutschland insgesamt als sehr gut bewerten.

Engagement auf Zeit

„Engagement in festen Organisationsstrukturen nimmt ab“, fasst Prof. Albert zusammen. Dies sei eine Entwicklung, mit der nicht nur Parteien kämpfen müssten. Auch Vereine und Verbände hätten Schwierigkeiten, Nachwuchs dauerhaft zu binden.

Besser stünden die Chancen allerdings, wenn man Mitstreiter für ein zeitlich be-



Prof. Dr. Mathias Albert von der Universität Bielefeld skizzierte der „youngcaritas“, wie Jugendliche zwischen zwölf und 25 Jahren denken. (Foto: cpd/Wolfgang Maas)

grenztes Projekt suche. Dann seien Heranwachsende eher bereit, sich einzubringen. Doch einen Königsweg gebe es nicht. „Viel bewegt weiterhin die gezielte persönliche Ansprache.“ ☞

🏠 www.youngcaritas.de/lokalisiert/nrw

Caritas in NRW AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Fotos: Caritas

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,
Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH, Karl Wegener,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,
Tel.: 05251/153-220, Fax: 05251/153-104,
karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

ClimatePartner 
klimaneutral

Zertifikatsnummer:
53323-1601-1005
www.climatepartner.com

Kitas brauchen 1,5 Mrd.

Nordrhein-westfälische Kitas benötigen nach Ansicht der Freien Wohlfahrtspflege deutlich mehr Geld, um die steigenden Belastungen der kommenden Jahre tragen zu können. „Rund 1,5 Milliarden stehen im Raum“, sagte der Münsteraner Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann. Das Geld sei nötig, damit die freien Träger künftig ihre Kindertagesstätten halten könnten. Die Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen liegen zu knapp 72 Prozent in der Hand von gemeinnützigen freien Trägern. Ein neues Kindertagesgesetz soll erst nach der Landtagswahl 2017 vorgelegt werden. 

Pflegekosten-Broschüre

Die NRW-Landesregierung will die Bewohner von Pflegeheimen und deren Angehörige über Änderungen bei den Pflegeheimkosten informieren. Den Ver-

sand entsprechender Broschüren an die Pflegeeinrichtungen kündigte Pflegeministerin Barbara Steffens (Grüne) an. Hintergrund für die etwas eigentümliche PR-Offensive ist ein Systemwechsel bei den Investitionskosten der Heime. Das neue System nach der Altenpflegegesetz-Durchführungsverordnung (APG-DVO) soll ab Januar gelten, funktioniert aber nicht. 

 **Kommentar auf S. 2**

Adventssammlung

Noch bis zum 10. Dezember bitten Helferinnen und Helfer um Spenden für die Caritasarbeit in den Gemeinden. Die traditionelle Adventssammlung von Caritas und Diakonie steht unter dem Motto „hinsehen - hingehen - helfen“. Die Ehrenamtlichen, die von Tür zu Tür gehen, haben offizielle Sammlisten dabei und können sich durch einen Sammleraus-

weis ausweisen, der den Stempel des zuständigen Pfarramtes trägt. 



Weihnachtsmarke

Die Weihnachtsmarke mit einem Portowert 70 plus 30 Cent zeigt in diesem Jahr die Verkündigung der frohen Botschaft an die Hirten. Die Darstellung ist eine Miniatur aus dem Hortus Deliciarum, der im 12. Jahrhundert verfassten Enzyklopädie der Äbtissin Herrad von Landsberg. Der Erlös aus dem Zuschlag fließt in soziale Projekte. 

 www.caritas-wohlfahrtsmarken.de

ÜBERFÄLLIGE REFORM

Gemeinsame Pflegeausbildung endlich einführen

Die Ausbildungsstätten für Gesundheits- und Pflegeberufe im Erzbistum Paderborn fordern, die lange geplante Zusammenführung der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege umzusetzen.

Die Zusammenführung der drei Ausbildungen Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege (GKP) sowie Gesundheits- und Kinderkrankenpflege (GKiKP) fordert die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Ausbildungsstätten für Gesundheits- und Pflegeberufe im Erzbistum Paderborn. „Das politische Hin und Her muss endlich ein Ende haben“, sagte die Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft, Eva Maria Müller vom Diözesan-Caritasverband Paderborn.

Drohender Fachkräftemangel

Der Entwurf des Pflegeberufgesetzes war bereits im Januar vom Bundeskabinett beschlossen worden, jedoch scheinen die CSU-Landesgruppe und Teile der CDU-Fraktion die eigene Reform zu blockieren. An der generalistischen Pflegeausbildung will die Diözesan-Arbeitsgemeinschaft

aber unbedingt festhalten. „Die Reform der Pflegeberufsausbildung ist überfällig, da junge Menschen eine Berufsausbildung wünschen, die ihnen einen Wechsel in die vielen interessanten Arbeitsfelder ermöglicht“, sagt Eva Maria Müller. Dies sei heute insbesondere für die Altenpflegeabsolventen nur eingeschränkt möglich.

Die Reform der Pflegeberufsausbildung sei auch vor dem Hintergrund des drohenden Mangels an Pflegekräften nötig, betont die Diözesan-Arbeitsgemeinschaft. Sie verweist auf das eigene Ausbildungs- und Schulsystem der katholischen Krankenhäuser und Altenhilfeeinrichtungen. Die katholischen Träger sähen sich sehr wohl in der Lage, das derzeitige System an die Anforderungen der Zukunft weiter anzupassen und auszubauen, hieß es selbstbewusst. 

 www.caritas-paderborn.de

NEUE BUNDESVORSITZENDE

Vertreterin von 80000 Ehrenamtlichen

Marlies Busse aus Bielefeld ist die neue Vorsitzende des Bundesverbandes der Caritas-Konferenzen Deutschlands (CKD). Bei der Bundestagung in Münster wählten die Vertreter von bundesweit rund 80000 Ehrenamtlichen die Delegierte der Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn. In den kommenden vier Jahren will die Bielefelderin, die bisher stellvertretende Vorsitzende war, mit dem ebenfalls neu gewählten Führungsteam vor allem die Arbeit an der Basis nach vorn stellen. „Wir wollen, dass die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen in den Kirchengemeinden deutlicher wahrgenommen wird“, sagte Busse, die die bisherige Vorsitzende Christa Brand ablöst. 



Marlies Busse ist neue CKD-Vorsitzende.

Foto: Julius Schwerdt

